

KURZ UND PRÄGNANT

Anhörung zur Beratung von Schwangeren

Zur kürzlich stattgefundenen öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Schwangerschaftskonfliktgesetzes erklärte Karola Stange, Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses und gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion: „Grundsätzlich geht der Gesetzentwurf in die richtige Richtung. Das haben die Expertinnen und Experten der Träger der Hilfsangebote sowie die Vertreter der katholischen Kirche in der Anhörung bestätigt. Zur weiteren Beratung benötigen wir nun schnellstmöglich einen Entwurf der zugehörigen Rechtsverordnung aus dem Sozialministerium, um das Gesetzesvorhaben abschließend bewerten zu können.“ Mit dem Gesetzentwurf soll die Finanzierung der Beratung von Schwangeren sowie ihren Familien in Thüringen neu geregelt werden. Bundesgesetzliche Regelungen machen dies erforderlich. Zudem werden die Aufgaben der Thüringer Beratungsstellen um die Beratung zur „vertraulichen Geburt“ erweitert. Derzeit werden in Thüringen 35 Beratungsstellen durch das Land gefördert. ■

Fraktionsgalerie zeigt Fotos aus Tuareg-Leben



Mit einer neuen Ausstellung geht es in der LINKE-Flurgalerie in der vierten Etage des Fraktionsgebäudes im Landtag weiter. Bis zum 20. Mai präsentiert sie unter dem Titel „Fremden ein Gesicht geben – Tuareg in der Zentralsahara Südalgerien“ Fotos von Helga Wiske, im Foto (l.) bei der Ausstellungseröffnung mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Katja Mittendorf.

Die Hallenserin, die sich in ihrer Stadt für Asylbewerberinnen engagiert, ist seit dem Jahr 2005 immer wieder in die Region gereist. „Mich hat von Anfang an fasziniert, dass die Tuareg trotz ihrer einfachen Lebensweise immer ausgeglichen, zufrieden und freundlich waren“, sagt die Fotografin und betont: „Überall in der Welt habe ich auf meinen Reisen Menschen kennengelernt, die es mir erleichtern zu begreifen, dass wir uns alle ähnlich sind, ähnlich im Ertragen von Freud und Leid, ähnlich in unseren Hoffnungen und Wünschen.“ ■

CDU-Forderungen sind Schaufensterpolitik

Im Gespräch mit Kati Engel, Sprecherin für Jugendpolitik der Fraktion DIE LINKE

Die Landesregierung soll ein jugendpolitisches Sofortprogramm vorlegen, fordert jetzt die CDU-Landtagsfraktion und hat einen parlamentarischen Antrag eingebracht. Dass Rot-Rot-Grün im vergangenen Jahr das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre abgesenkt hat, war und ist der CDU ein Dorn im Auge. Ihr Abgeordneter Andreas Bühl meint, dass Jugendliche zunächst besser an politische Entscheidungsprozesse herangeführt werden müssten, bevor man sie mit einer Wahlentscheidung konfrontiert. LINKE, SPD und Grüne im Landtag haben sich dazu bereits sehr deutlich geäußert. Was hat Euch so empört?

Erstens diese Dreistigkeit. Denn es war die CDU in der Alleinregierung, die den Jugendbereich in Thüringen finanziell massiv beschnitten hat. Unter ihrer landespolitischen Regentschaft fristeten die Belange von Kindern und Jugendlichen ein Schattendasein. Die Förderung der Jugendarbeit und damit vor allem auch Angebote einer kontinuierlichen Jugendbeteiligung wurden zurückgefahren. Für Rot-Rot-Grün war klar, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben uns entschiedene Kurskorrekturen vorgenommen und die auch im Koalitionsvertrag verankert.

Was meinst Du da konkret?

Ich kann hier nicht alles zitieren, aber es heißt im Koalitionsvertrag, dass „die Förderung selbstbestimmter Kinder- und Jugendarbeit als eine vordringliche Aufgabe“ angesehen wird. Dazu wurden verschiedene Maßnah-

men vereinbart, darunter folgende: „Die Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit wollen wir in ihrer Vielfalt als Partnerin und Partner in und für eine eigenständige Jugendpolitik stärken (...) Wir wollen die direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessern. Dafür werden wir eine Landesstrategie Mitbestimmung erarbeiten, die die Initiativen auf kommunaler und Landesebene zusammenfasst. Wir werden kinder- und jugendgerechte Partizipationsstrukturen ausbauen und dafür auch eine entsprechende Infrastruktur fördern.“



Für die rot-rot-grüne Koalition sind die Prämissen zur Jugendbeteiligung also längst klar?

Ja, logisch. Wir nehmen die Mitbestimmung sehr ernst. Statt warmer Worte gesetzlich verbriefte Rechte, verlässliche Strukturen und Kontinuität bei den Angeboten der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung.

Und woran wird das deutlich?

Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre in den Kommunen war ein wichtiger Schritt hin zur Stärkung der

politischen Mitbestimmungsrechte junger Menschen. Dann haben wir mit der Erhöhung der sogenannten Jugendpauschale im Landeshaushalt die Thüringer Kommunen so ausgestattet, dass sie ihre Angebote für die Jugendarbeit ausbauen bzw. stabilisieren können. Und was die im Koalitionsvertrag vereinbarte Landesstrategie Mitbestimmung betrifft, da hat das Bildungs- und Jugendministerium mit dem „NaturFreunde Thüringen e.V.“ einen fachlich geeigneten Träger gefunden.

Es geht dabei um die Etablierung lokaler Jugendforen bei den „Lokalen Partnerschaften für Demokratie“ des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Die Jugendforen sollen von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet werden. Vorhandene lokale Jugendszenen, die den zivilgesellschaftlichen Normen, wie Demokratie, Gewaltfreiheit, Respekt etc. verpflichtet sind, sollen repräsentativ vertreten sein.

Die Landesstrategie Mitbestimmung ist also auf einem guten Weg?

Wir befinden uns mitten drin in der Entwicklung der Landesstrategie, beraten und diskutieren mit jungen Menschen und ihren Interessenverbänden. Und an die Adresse der CDU sei es nochmal gesagt: Es ist wesentlich zielführender, in den bereits existierenden Mitbestimmungsgremien wie dem Landesjugendhilfeausschuss über die Ausgestaltung der Landesstrategie zu diskutieren, als die Landesregierung mit Schaufensteranträgen aufzufordern, eine Strategie zu erarbeiten.

NSU-Skandal: Behörden müssen Vertuschen beenden

Vor dem Hintergrund der Veröffentlichungen der Journalisten Dirk Laabs und Stefan Aust für die WELT und ARD, wonach Uwe Mundlos sehr wahrscheinlich während der NSU-Mordserie in Zwickau als Vorarbeiter in der Baufirma des Neonazi-V-Mannes Ralf Marschner („Primus“) gearbeitet hat, erklärte die LINKE-Politikerin Katharina König, Mitglied im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss:

„Eine erneute Verwicklung des Bundesamtes für Verfassungsschutz steht damit im Raum, doch anstelle aktiv die Aufklärung der Parlamente sowie Ermittlungsarbeit des BKA zu unterstützen, wurden relevante Dokumente zum NSU-Komplex geschreddert und bis heute vorhandene Akten zum V-Mann Ralf Marschner den NSU-Untersuchungsausschüssen vorenthalten.“

Wie die Recherchen ergeben hatten, hatte die Baufirma des V-Manns

häufig Leihwagen beim selben Zwickauer Autovermieter angemietet, bei dem auch das NSU-Kerntrio mit falschen Pässen Tatfahrzeuge für Bankraube und Morde angemietet hatte. Während der Beschäftigung von Uwe Mundlos wurden auf den Namen der Firma auch Fahrzeuge an Mordtagen gemietet.

„Es stellt sich die Frage, ob das Bundeskriminalamt bei der Aufklärung der NSU-Verbrechen wirklich alle Ermittlungsansätze ausschöpfend verfolgt hat“, sagte die Abgeordnete und wies darauf hin: „Die Information, wonach auch Beate Zschäpe in einem weiteren Bekleidungsgeschäft des V-Manns gearbeitet haben soll, ist seit 2012 bekannt, Ursprung ist ein ehemaliger Geschäftspartner des V-Manns. Darüber hinaus konnten nach unserem Kenntnisstand die Ermittler eine Beschäftigung von Zschäpe dort nicht erhärten.“ Die NSU-Untersuchungsausschüsse im Bund und in Sachsen

müssten sich nun dringend den Veröffentlichungen von WELT, ARD und dpa annehmen und diese aufklären.

„Einmal mehr steht auch die Frage im Raum, ob ein V-Mann des Verfassungsschutzes sich möglicherweise direkt wegen Beihilfe zum Mord strafbar gemacht haben könnte, doch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mauert und verdunkelt weiter.“

„Das BfV muss die Akten zum V-Mann Primus nun umgehend den NSU-Untersuchungsausschüssen und auch dem Bundeskriminalamt zur Verfügung stellen“, forderte die Abgeordnete. „Andernfalls wäre das eine Behinderung der Aufklärungsarbeit. Die zuständigen Polizei- und Justizbehörden im Bund sollten im Weigerungsfall darüber nachdenken, auch wegen einer möglichen Strafvereitelung notfalls mit einem gerichtlichen Beschluss die Akten aus dem Amt zu holen“, so Katharina König abschließend. ■